



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Z/XII/164 - 22. Juli 1957

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 24631-33

Fernschreiber DBB6890

Hinweise
auf den Inhalt:

"Times" zur deutschen Situation	S. 1
Dulles in Ottawa	S. 3
Der Bundeskanzler und Prof. Hahn	S. 5
Atomwaffen an NATO-Staaten?	S. 6
Europa-Forum in Bergneustadt	S. 7

"Dr. Adenauers unerwarteter Verbündeter"

sp. "Es ist ein seltsamer Beitrag zum heutigen Leben in Deutschland, dass in der fortschreitenden Wahlkampagne einer der heissesten Befürworter Dr. Adenauers - abgesehen von der katholischen Kirche und den Industriebaronen der Ruhr - der ostdeutsche Parteichef Ulbricht ist." Das schreibt die Times in ihrer Ausgabe vom 20. Juli.

Wie kommt die "Times" zu dieser aufschlussreichen Feststellung? Offenbar, weil ihr Berliner Korrespondent sehr eindringliche Beweise dafür hat, dass die SED-Führung von einem sozialdemokratischen Wahlsieg die Aufweichung ihrer Position in Mitteldeutschland und eine aktive Politik der Wiedervereinigung befürchtet, die zum Verschwinden Pankows von der Bildfläche der deutschen Politik führen müsste.

Die "Times" hat mir ihrer lapidaren Feststellung ein Politikum offen angesprochen, das man in Deutschland selbst deswegen nicht gern erwähnt, weil man sonst zu leicht in den Verdacht kommen könnte, übertreiben zu wollen. Und doch: In Westdeutschland weise so ziemlich jeder, dass Adenauer den Wahlkampf wieder einmal mit der unwahren Behauptung führen will, Sozialdemokraten und Kommunisten seien dasselbe. Er trifft sich hier mit der Propaganda aus Pankow, die dem Wähler in der Bundesrepublik das Zerrbild einer Identität von demokratischem Sozialismus und Kommunismus suggerieren will. Adenauer hat kurz vor der Bundestagswahl 1953 das Märchen von Schroth und Scharley in die Welt gesetzt, die angeblich "Geld aus dem Osten" für sozialdemokratische Propaganda bekommen haben sollen. Später musste Adenauer in einem Gerichtsverfahren diese

Verleumdung zurücknehmen; er scheute sich aber nicht, anlässlich einer Bundestagsdebatte zu sagen, die Sozialdemokraten sollten von seinen Methoden lernen...

In seinen Reden in Bamberg und Nürnberg hat Adenauer wieder Kommunisten und Sozialdemokraten auf einen Nenner gebracht. Er weiss genau, was er damit tut. Umgekehrt weiss aber auch Herr Ulbricht in Pankow, dass jeder Versuch der kommunistischen SED, den im Interesse Deutschland notwendigen Kampf gegen Adenauers Politik mit kommunistischen Parolen zu unterstützen, der CDU nützt.

Es ist den Kommunisten in Pankow nicht unbekannt, wie verschwindend klein ihr Anhängerkreis in der Bundesrepublik und in der Sowjetzone ist. Wenn Ulbricht also jetzt Liebe zu den Sozialdemokraten heuchelt, seine Propagandisten in der Bundesrepublik von der "Aktionseinheit KP-SPD" besetzen lässt, Einheitskonferenzen mit erfundenen Sozialdemokraten organisiert, dann weiss auch er ganz genau, dass er mit dieser Diskriminierung der Sozialdemokratie die Position Adenauers stärkt.

Nicht wenige ausländische Beobachter der deutschen Vorgänge meinen ganz ernsthaft, für Ulbricht wäre in der gegenwärtigen Situation ein Sieg Adenauers gar nicht ungelegen. Die nicht von Sozialdemokraten bereits vor langer Zeit aufgestellte These, ein Ulbricht könne sich nur solange halten, wie ein Adenauer existiert, würde hier eine diabolische Bestätigung finden. Die Londoner "Times" scheint zu jenen Zeitungen in der Welt zu gehören, die tatsächlich annehmen, dass Ulbricht bewusst Adenauer stützen will.

Die deutsche Sozialdemokratie weiss sich allein jener perfiden und dummen Propaganda aus Pankow zu erwehren, ganz gleich, von welchen Motiven sie diktiert sein mag. Zwischen dem Kommunismus und dem demokratisch und freiheitlichen Sozialismus gibt es keine Brücke; genau so wenig wie es jemals eine Brücke zwischen dem demokratischen Sozialismus und dem "Sozialismus" eines Adolf Hitler gegeben hat. Das hat sich auf der parlamentarischen Ebene am deutlichsten gezeigt, als die deutsche Sozialdemokratie mit ihrem Veto gegen das Ermächtigungsgesetz Hitlers allein blieb. Das zeigte sich später in den Konzentrationslagern des von Hitler vergewaltigten Deutschland, und das zeigt sich jetzt wieder in den Zuchthäusern des Pankow-Regimes, wo die Sozialdemokraten als die bestgehassten Gegner der Kommunisten mit Sehnsucht auf den Tag der Wiedervereinigung warten.

22. Juli 1957

Reibungen zwischen USA und Kanada

New York, Ende Juli

Der amerikanische Staatssekretär John Foster Dulles hat sich auf einen kurzen Besuch nach Ottawa begeben, der Hauptstadt von Amerikas nördlichen Nachbarn, Kanada, um seinen kanadischen Amtskollegen, den neuen kanadischen Ministerpräsidenten (und Außenminister) John Diefenbaker persönlich kennen zu lernen und Kontakt mit ihm zu nehmen. Eine solche kleine Spritztour, um sich der neuen Nachbarn vorzustellen, könnte als belanglose diplomatische Höflichkeitsgeste abgetan werden; aber schon in der Tatsache, dass Washingtons Regierung nicht warten wollte, bis sich der neue Herr im Nachbarhause bei ihr vorstellen kommt, sondern umgekehrt ihn bei sich aufsucht, zeigt, dass die Reise nach Ottawa mehr ist als ein formaler Akt des diplomatischen Protokolls.

"Weg von USA"-Wind

Es steht in der Tat sehr viel mehr dahinter: ein drohender Handelskrieg zwischen den USA und Kanada in naher Zukunft, ein Weizenkrieg zwischen beiden Ländern, der heute schon eine Realität ist, eine bedenkliche Verschlechterung der nachbarlichen Beziehungen und Umorientierung von Kanadas ganzer Außen-, Wirtschafts- und Kulturpolitik. In dürren Worten ausgedrückt: in der kanadischen Hauptstadt weht heute ein "Weg von USA"-Wind - und dieser Wind wird in den Vereinigten Staaten sehr ernst genommen.

Bisher waren die Beziehungen zwischen den USA und Kanada die besten nachbarschaftlichen Beziehungen, die sich denken lassen, - vermutlich besser, als irgendwo sonst auf Erden ein Nachbarverhältnis war. Im Handels- und Reiseverkehr wie auf allen anderen Gebieten wurden die beide Länder trennende Landesgrenze überhaupt kaum noch zur Kenntnis genommen, - was angesichts der Gleichheit der Sprache, der Währung und der Rechtsordnung ja auch kaum verwunderlich ist. Kanadische Arbeiter pflegen schon seit langem keine eigenen Gewerkschaften mehr zu bilden, sondern, wenigstens in den grossen Schlüsselindustrien, einfach örtlichen Sektionen und Ortsgruppen der grossen Gewerkschaftsverbände von "südlich der Grenze" beizutreten.

Stärkere Beziehungen zur Commonwealth

Aber in dieser anscheinend idealen Nachbarschaftsgemeinschaft war Kanada eben doch nur der "Junior-Partner", der wirtschaftlich schwächere und finanziell ärmere. Zwar waren und sind beide Länder jeweils die besten Kunden des Anderen; aber das Kapital strömt eben doch nur einseitig von den USA nach Kanada, wo amerikanische Firmen kanadische Betriebe aufkauften, örtliche Filialen errichteten, wo amerikanische Financiers in kanadischen Unternehmen investierten und sie damit zu kontrollieren begannen, amerikanische Bergwerkskonzerne kanadische Schürfrechte erwarben usw. In der kanadischen Bevölkerung begann eine Art Revolte gegen die Abhängigkeit von den USA und ihre enge Verknüpfung mit diesem Land zu glimmen, - und eines Tages brach diese Revolte offen aus. Dieser Tag war der letzte Wahltag, an dem die Kanadier ihre alt bewährte liberale Regierung absetzten und für die Konservativen stimmten, die für Schutzzölle und engere Verbindungen mit dem britischen Commonwealth vor allem dem englischen Mutterland eintraten. Der konservative Wahlsieg war ein Sieg

des Commonwealth-Gedankens, und damit eine Niederlage der USA-Orientierung.

Der konservative neue Ministerpräsident Diefenbaker verlor auch nach seinem Amtsantritt keinen Tag Zeit, eine neue Politik einzuleiten. Er verkündete, dass es sein Ziel sein werde, die Importe aus den USA um 15 % zu senken und dafür entsprechend die aus England und anderen Commonwealthländern zu erhöhen, und er rief für den Herbst eine grosse Commonwealth-Wirtschaftskonferenz nach Ottawa ein, die versuchen soll, ökonomisch und finanziell die Commonwealthgruppe enger zusammenzuschweißen. Für England ist das höchst bedeutungsvoll, denn Kanada ist das einzige britische Dominion, das nicht dem Sterling-Block angehört; der kanadische Dollar ist eine unabhängige "harte" Währung, und zwar, dank der vielen Investitionen aus den USA, seit einiger Zeit "härter" und etwas mehr wert als sein Vetter, der USA-Dollar. Diese Konstellation erleichtert es Diefenbaker natürlich sehr, eine Handelspolitik auf eigene Faust zu treiben.

Reduzierte Importe aus den USA

Er begann damit auf dem Agrarsektor. Zuerst erklärte er den amerikanischen Weizenexport (die von Washington staatlich subventioniert werden und daher zu billigen Dumpingpreisen auf den Weltmärkten reissenden Absatz finden) den Krieg, und dann reduzierte er, durch Kontingentierungen und künftig auch durch Zollerhöhungen, die Agrarimporte aus den USA, die vornehmlich Obst, Geflügel, Süßfrüchte, Tabak und Baumwolle hart treffen. Er will, teils durch solche massiven Repressalien, teils durch Verhandlungen oder auch Drohungen, die Amerikaner dazu bewegen, ihre subventionierten billigen Weizenexporte auf Notsituationen zu beschränken, also auf Länder, in denen Hungernot herrscht u.ägl., und damit für seinen eigenen kanadischen Weizen wieder die traditionellen Weltmärkte gänzlich oder wenigstens teilweise wiedergewinnen. Leisten die USA dagegen Widerstand, dann will er amerikanische Warenexporte nach Kanada weiter durch massive Zollerhöhungen abdrochseln.

Es stehen also recht gewichtige Dinge bei diesem Weizenkrieg auf dem Spiel, - wenn es auch in der Praxis nicht ganz so schlimm werden dürfte. Vor allem sind die Engländer zwar erfreut über die Aussichten erhöhter Umsätze mit Kanada, aber sie wissen nicht recht, was sie mit dem kanadischen Weizen anfangen sollen, da sie sowieso schon mit billigen Weizen von überall her überschwemmt sind. Konzentration auf das Commonwealth ist für Kanada doch praktisch keine ausreichende Handelspolitik. Aber eine Beschränkung der Fertigwaren-Importe aus den USA ist dennoch ohne weiteres möglich, - und amerikanische Firmen, die bisher viel nach Kanada exportierten, haben jetzt in rasender Eile angefangen, schnell eigene Tochterunternehmen in Kanada zu errichten, um nicht durch Diefenbaker ganz vom kanadischen Geschäft ausgeschlossen zu werden.

Gleichklang in internationalen Fragen

Freilich soll man daraus nicht schliessen, dass auf dem grossen Welttheater, in der grossen internationalen Politik Kanada nicht mehr im gleichen Schritt mit den USA marschieren wird, oder dass eine Art kanadischer Neutralismus bevorsteht. Das ist sicherlich nicht zu erwarten. Kanadas Mitgliedschaft in NATO, wo es dämpfend, vornehmend, beratend und klärend eine ganz unersetzliche Rolle spielt, und die gemeinsam amerikanisch-kanadische Militärorganisation im arktischen Norden werden von alledem kaum berührt werden. Aber wo die elementaren Dinge des politischen Alltags, Handel, Zölle, Geldkreislauf und Exportinteressen auf dem Spiel stehen, bleiben genug reale Probleme übrig. Die Entwicklung der beiden grossen angelsächsischen Nachbarn Nordamerikas und ihrer gegenseitigen Beziehungen wird künftig sorgfältiger Beachtung wert sein. *** -5-

Unaufrichtige Zustimmung

sp- Prof. Hahn, einer der prominentesten Mitunterzeichner des Göttinger Manifestes, hatte auf der Hauptversammlung der Max-Planck-Gesellschaft in Lübeck den Vorschlag gemacht, ein internationaler Kongress der Physiker möge Pläne für ein wirksames Abrüstungsabkommen ausarbeiten und zur internationalen Diskussion stellen. Dieser Gedanke des Nestors der deutschen Atomphysiker hat viel für sich. Warum sollen die Physiker den Politikern nicht helfen, die Welt von dem Alpdruck eines Atomkrieges zu befreien? Die Atomgelehrten vieler Nationen haben doch erst die Politiker in die Lage versetzt, die Welt in den Schrecken zu versetzen, in dem sie sich heute befindet.

Mit dem feinen Gespür des geschulten Taktikers hat der Bundeskanzler sofort die Chance erkannt, die sich ihm durch den Vorschlag Prof. Hahns bot. Er hat die Idee des deutschen Gelehrten in einem an Hahn selbst gerichteten Brief gutgeheissen und darin einen positiven Beitrag für einen günstigen Verlauf der Londoner Abrüstungsverhandlungen erblickt.

Wäre Adenauer nicht der Mann, der seinerzeit die deutschen Atomphysiker wie Schulbuben abkanzerte, könnte man ihr das beinahe glauben; er ist aber in dieser Hinsicht zu schwer vorbelastet. Wenn der Bundeskanzler wirklich und aufrichtig einen positiven Ausgang der Londoner Verhandlungen wünschte, dann hätte er nicht die Verabschiedung des Atomgesetzes torpedieren dürfen. Gewiss können die Atomphysiker vieles tun, um die Gefahren zu bannen, die sie selbst heraufbeschworen, aber das entscheidende Wort liegt doch bei den Politikern. Der Politiker Adenauer aber hat sich gegen die friedliche Verwendung der Atomenergie entschieden, er hat sich den Weg offengehalten für eine Teilnahme an atomaren Wettrüsten.

Der deutsche Beitrag für einen günstigen Ausgang der Londoner Verhandlungen liegt im Verzicht (und dies ohne Hintergedanken) auf Atomwaffen. Aber dazu konnte sich Adenauer nicht entschliessen. Er ermuntert zwar die Physiker in ihren Bemühungen, Pläne zu einer wirksamen Abrüstung zu entwerfen, aber politisch hilft er mit, jene Hindernisse zu errichten, an denen auch die besten Pläne der Atomgelehrten scheitern müssen.

Eine begrüßenswerte Absage

ler - Die NATO-Staaten - mit Ausnahme Grossbritanniens, das auf diesem Gebiet ein Selbstversorger ist - werden vorläufig von den Vereinigten Staaten keine Atomwaffen erhalten. Der Gedanke, die Westeuropa-Union mit diesen Vernichtungswaffen auszustatten, wurde wieder fallengelassen, da dies die Weltmeinung, auf die heute die Staatsmänner doch auch Rücksicht zu nehmen haben, nicht gut aufgenommen hätte.

Eisenhower und sein Aussenminister Dulles beurteilen, zum Unterschied mancher ihrer westeuropäischen Kollegen, die Londoner Abrüstungsverhandlungen durchaus nicht pessimistisch. Zwar verschliessen sie sich nicht den ungeheuren politischen, psychologischen und militärischen Schwierigkeiten des wohl kühnsten Unternehmens unserer Zeit. Ihr Blick lässt sich dadurch nicht verdüstern und ihr Eifer nicht erlahmen. Ihr Urteil über die Bedeutung des Moskauer Stalinistensturzes und seiner Auswirkungen auf die Weltpolitik weicht auch in entscheidenden Punkten von den Ansichten mancher westeuropäischer Hauptstädte ab. Ein Abbruch oder eine durch Willkür herbeigeführte Erschwerung der Londoner Verhandlungen würde den von Chruschtschow eingeleiteten Zug zur Liberalisierung gewiss bremsen und den Anhängern der gestürzten und vielleicht auf ihre Chance wartenden Stalinisten neuen Auftrieb geben. Gerade das sucht die amerikanische Aussenpolitik in diesem Zeitpunkt zu vermeiden.

Vor diesem Hintergrund erklärt sich die Absage der USA. Auch dem Laien leuchtet ein, dass es in diesem Stadium höchst unklug wäre, neue Partner in den Atomklub aufzunehmen. Das geschähe, wenn jeder NATO-Staat im Besitz von Atomwaffen sein würde. Der dann mögliche Zustand einer internationalen Atomanarchie würde dann wohl kaum zu überwinden sein, erstes Opfer würde die Londoner Abrüstungskonferenz sein. Zwischen drei Staaten, die gewillt sind, nationales Prestige zurückzustellen, ist eher noch eine Einigung möglich als zwischen ein Dutzend atomar aufgerüsteter Staaten, von denen manche die Eierschalen eines antiquierten Nationalismus und Machtdenkens nicht ablegen können oder wollen.

Es mag vielleicht manche Politiker in Westeuropa geben, die diese wenn auch befristete amerikanische Absage bedauern; für die Weltöffentlichkeit jedoch ist dieser amerikanische Schritt eine gute Nachricht, er gibt den Londoner Gesprächen die Chance eines Erfolgs. Er beweist, dass

man in Washington den Blick auf die Zukunft nicht verloren hat, man handelt dort angesichts des von niemandem zu vertretenden Risiko, das ein Fehlschlag in London für alle sein würde, doch noch klüger als man vielerorts diesseits des Atlantiks wahr haben will. Ausserdem werden die Sowjetrussen genötigt, nicht so leicht vom Pfad der Abrüstung abzuweichen; auch das hat sein Gutes.

* * *

"Europa - der unbekannte Kontinent"

rd - Unter dieses Leitmotiv hatte die Heimvolkshochschule Bergneustadt eine Begegnung mit einer Reihe internationaler Fachleute und Politiker, die vor einem geladenen Kreis von Gästen sprachen, gestellt. Sie sollten in Kurzvorträgen die weissen Flecken auf der europäischen Landkarte umreissen. Es ging um die weissen Flecken der künftigen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Geographie des alten Kontinents.

Wenn der Leiter der Veranstaltung, Willi Eickler, in seiner Zusammenfassung der zweitägigen Begegnung von einem vielfältigen Strauß europäischer Blumen - Interessen, Organisationen, Zukunftsvorstellungen - sprach, die hier zu einem die Vielfalt menschlicher und nationaler Eigenständigkeit unangetastet lassenden, aber doch dem gemeinsamen Interesse aller dienenden Einheit zusammenzufassen waren, so ist damit sehr zart der Hinweis darauf vermieden, dass sich in diesem Strausse auch etliche stachelige Disteln verbargen.

Raymond Bertrand, Direktor der Wirtschaftsabteilung der OEEC, umging in seinem Bericht über Aufbau, Wirkungsweise und Ziele des Europäischen Wirtschaftsrates die harte Distel der gegenwärtigen Krise der OEEC: die Entliberalisierung der französischen Einfuhr, die eine Folge des Zahlungs-Bilanz-Defizits Frankreichs und der Devisenüberschüsse der Bundesrepublik ist. Paul M.G. Levj, Direktor des Informationsamtes des Europarates, wies dagegen auf die Krise der parlamentarischen Demokratie und zugleich auf die gegen diese Parlamente verschworene Internationale der Minister und Ministerialbürokratie

Diese schufen Europaverträge, diskutierten sie vor einem Gremium ohne Kompetenz, dem Europarat, und stellten die Parlamente ihrer Länder jeweils vor vollendete Tatsachen. So beim Vertrag über die Montanunion und nun wieder beim Vertragswerk über den Gemeinsamen Markt. Sein Rezept: die Vielfalt der oft gegeneinander arbeitenden europäischen Institutionen - Europarat, OEEC, Montanunion, EZU, Euratom und die Institutionen des Gemeinsamen Marktes - müssten in eine gemeinsame politische Verantwortung, einer politischen Oberbehörde und unter die Kontrolle eines europäischen Parlamentes gestellt werden, wollen die europäischen Parlamentarier für die Demokratie Kompetenz und Reputation zurückgewinnen.

Aus dieser temperamentvoll vorgetragenen "Ihlovorstellung eines "Berufs-Europäers" sprach der verständliche Wunsch nach zusammengefasster europäischer Kompetenz. Gegenüber dieser leuchtenden Blume europäischer Zukunft erwies sich die Erläuterung der britischen Vorstellung zu solchen Plänen, die Dr. E.F. Schumacher, Wirtschaftsberater der britischen Kohlenbehörde, gab, als stachelige Distel. Nach ihm halten die Briten nicht viel von einer grösseren wirtschaftlichen und sozialen Glückseligkeit aus einem vergrösserten Wirtschaftsraum. Möglicherweise sei Europa überorganisiert, doch führten die jetzigen Pläne auch zur Zerstörung gewachsener Strukturen und unerwünschten Zusammenballungen der Wirtschaft in bestimmten Gebieten und zur Massierung von Menschen. Auch seien gerade erst 50 Jahre vergangen, dass die liberale Vorstellung vom Freihandel zusammengebrochen sei. Die Engländer seien auch nicht bereit, auf die Vorteile einer auf ihre Eigenheiten abgestellten Wirtschaftsstruktur und Konjunkturpolitik zu verzichten. Man wolle z.B. die aus nationalwirtschaftlichen Erwägungen bewusst billig gehaltenen Kohlen nicht in das Gebiet eines Gemeinsamen Marktes exportieren, dafür teure amerikanische Kohle einführen und so die kontinentale Wirtschaft subventionieren. Das möge sich ein Land wie die Bundesrepublik in der Montanunion leisten können; sie habe ein Wirtschaftswunder gehabt, England jedoch nur eine Wirtschaft.

Die beiden Vertreter der Gewerkschaften, Karl-Heinz Friedrichs

und Günter Friedrichs von der Wirtschaftsabteilung der IG-Metall, bejahten als Realisten die geschlossenen Verträge, jedoch ohne Illusion über die Wirkungen eines erweiterten Wirtschaftsraumes. Sie halten die Möglichkeiten rationeller Wirtschaft nicht einmal in den beteiligten Nationalwirtschaften für ausreichend genutzt. Die Gewerkschaften sorgen sich um die sozialen Konsequenzen der Ballung von Produktionskapazitäten, von wirtschaftlicher und politischer Macht und um die Angleichung der verschiedenartigen sozialen Systeme. Sie wünschen Erhaltung und Steigerung des Lebensstandards der europäischen Arbeiterschaft und auch die Freizügigkeit der Wahl des Arbeitsplatzes, die jedoch nicht zu Lohn- und Sozial-Dumpings führen darf. Ihr Ziel ist, zur Vertretung der Interessen der europäischen Arbeiterschaft in den Organen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft ausreichend berücksichtigt zu sein.

Weit über das Ziel europäischer Vereinigung hinaus, wies Hendrik Vos, Holland, Sachverständiger der Sozialistischen Internationale für den SUKFEED-Plan der UNO (den Plan für Wirtschaftshilfe an entwicklungsfähige Länder) auf die sozialen Aspekte dieser internationalen Hilfe hin. Seine Forderung ist: alle entwickelten Volkswirtschaften sollten ohne jegliche politische Bindung ein Prozent ihres Nationalproduktes über einen Investfonds der UNO an die entwicklungsfähigen Länder geben. Es komme darauf an, die sozialen Unterschiede in der Welt zu beseitigen, zumindest zu mildern, die letztlich aus der wachsenden sozialen Differenz dieser Länder zu den unterentwickelten Gebieten unabschbare politische Konsequenzen heraufbeschwören müssten.

Die Reihe der Vorträge war zu vielseitig, um einer umfassenden Diskussion Raum zu lassen. So diente diese Begegnung in der Heimvolkshochschule Bergneustadt mehr der Information als der Aussprache, aber auch damit hat sie über das Interesse des Teilnehmerkreises hinaus für die Sache - Europa - ihren Wert erwiesen.

* * *

Verantwortlich: Günter Markscheffel